



Parlamentarier aus den Kantonen Aargau und Luzern gewähren einen Einblick in die zweite Woche der Herbstsession.

GAETAN BALLY/KEYSTONE

Aargau Nationalrat diskutierte über Bildung, Forschung und Innovation

Investition in die Bildung



VON BERNHARD GUHL*

Der Nationalrat hat in der Herbstsession mit der Botschaft über Bildung, Forschung und Innovation Mittel von gesamthaft rund 26 Milliarden Franken für die Jahre 2013 bis 2016 gesprochen. Das ist auf den ersten Blick viel Geld. Sehr viel Geld. Aber meiner Meinung nach nicht zu viel. Denn Bildung ist die wichtigste Ressource der Schweiz.

Wir sind ein kleines Land und haben keine Bodenschätze. Dafür haben wir jedoch ein sehr gutes Bildungssystem. Und dieses sollten wir weiter ausbauen. Daher bin ich der Meinung, dass das gesprochene Geld gut investiertes Geld ist. Die Schweiz soll in Bildung, Forschung und Innovation einen Spitzenplatz halten. Zu Recht haben wir im Nationalrat daher diesem Bereichen für die Periode 2013 bis 2016 eine überdurchschnittliche Wachstumsrate zugestanden. Wichtig ist meiner Ansicht nach auch, dass die dynamische Glättung beschlossen wurde. Das heisst, dass zuerst mehr Mittel eingesetzt und diese dann über die Jahre gleichmässiger verteilt werden. Das ist nötig, weil die Studentenzahlen vor allem in den Jahren 2013 und 2014 stark steigen werden.

Auch die Nachfrage nach Innovations- und Forschungsförderung bei der Kommission für Technologie und Innovation (KTI) und beim Schweizerischen Nationalfonds steigt. Deshalb wurden die Investitionen auch in diesem Bereich ausgebaut. Damit soll ein Schwer-

punkt auf prioritäre Forschungsinfrastrukturen gelegt werden.

Nach wie vor unbefriedigend ist die Finanzierung der höheren Berufsbildung (höhere Fachschulen und eidgenössische Prüfungen). Insbesondere die historisch gewachsene Situa-

Wir sind ein kleines Land und haben keine Bodenschätze. Dafür haben wir jedoch ein sehr gutes Bildungssystem.

tion bezüglich Subventionierung von Vorbereitungskursen auf eidgenössische Prüfungen ist für alle Beteiligten unbefriedigend. Hier müssen möglichst schnell die gesetzlichen Grundlagen geschaffen werden, damit auch dieser Bildungsweg stärker gefördert werden kann. Das ist daher wichtig, da unserem Gewerbe sonst später die Meister fehlen.

Unser duales Bildungssystem ist ein Erfolgsfaktor unserer Wirtschaft und muss unbedingt beibehalten und weiterentwickelt werden. Wir dürfen stolz sein auf unsere Universitäten, ETHs und Fachhochschulen, wie auch die höheren Berufsbildungen wie eidg. Berufsfachprüfungen und höhere Fachschulen. Wenn die Schweizer Unternehmen konkurrenzfähig bleiben wollen, brauchen sie auch das entsprechend ausgebildete Personal. Darum müssen wir den dazu notwendigen Bildungsstrukturen auch die entsprechenden Mittel sprechen. Es lohnt sich.

* Der Autor wohnt in Niederrohrdorf und sitzt für die BDP Aargau im Nationalrat.

Luzern Grosse Agrardebatte im Nationalrat

Chance für die Landwirtschaft



VON PRISCA BIRRER-HEIMO*

Nach neunstündiger Debatte zur Agrarpolitik 2014 bis 2017 stand am letzten Mittwochabend fest, dass der Nationalrat die Stossrichtung der Agrarreform unterstützt. Einzelne Anpassungen wurden vorgenommen, doch die Diskussion ist noch nicht beendet. Am nächsten Mittwoch wird sie weitergeführt mit einem Kernstück der Vorlage – der Steuerung der Direktzahlungen von jährlich rund 2,8 Mrd. Franken.

Der vorgeschlagene Systemwechsel führt dazu, dass insgesamt ein höheres Brancheneinkommen erzielt wird und gleichzeitig mehr ökologische Leistungen erbracht werden. Mit dem reformierten Direktzahlungssystem wird es keinen Anreiz mehr geben, möglichst viele Tiere zu halten, was zu Überschüssen und sinkenden Produzentenpreisen führt. Als Mitglied der Kommission für Wirtschaft und Abgaben habe ich mich an drei Sitzungstagen eingehend mit der Vorlage befasst, einige Kilos Akten studiert, mit verschiedensten Personen und Organisationen Gespräche geführt und natürlich auch meine persönlichen Erfahrungen, zum Beispiel als Konsumentin unserer landwirtschaftlichen Produkte, einfließen lassen.

Das Lobbying im Vorfeld dieser Debatte war riesig und wurde besonders stark von der Gegnerschaft betrieben. Unverständlich ist der grosse Widerstand des Schweizerischen Bauernverbandes, denn die meisten Bauern und die Konsumentinnen und Konsumenten

werden von der Agrarpolitik 2014 bis 2017 profitieren. Inzwischen haben sich die befürwortenden Stimmen aus bäuerlichen Kreisen – so von Klein-, Berg- und Biobauern – gemeldet und in Mails und Briefen ihre Zustimmung

Das Lobbying im Vorfeld dieser Debatte war riesig und wurde besonders stark von der Gegnerschaft betrieben.

mung zur Reform geäussert. Zu hoffen ist jedoch, dass sie noch mehr gehört werden, ebenfalls vom mächtigen Verband in Brugg.

Andere Geschäfte dieser Sessionswoche fanden in den Medien weniger Beachtung als die Agrarpolitik, beispielsweise das Kollektivanlagen-gesetz. Bei dieser technischen Materie hat der Nationalrat die letzten Differenzen zum Ständerat bereinigt. In der Folge der Finanzkrise hat sich gezeigt, dass die gesetzlichen Anforderungen im Bereich von kollektiven Anlagen (Anlagefonds) verschärft werden müssen. Der Bundesrat machte einen moderaten Vorschlag, um ein Gleichgewicht zwischen Gewährleistung des Marktzugangs, Wettbewerbsfähigkeit, Reputation des Finanzplatzes und Anlegerschutz zu schaffen. Leider ist in den Beratungen der Anlegerschutz weitgehend auf der Strecke geblieben, was in Anbetracht der Milliardenvermögen in der 2. und 3. Säule, die für die Vermögensverwaltung ein grosses Geschäft sind, beträchtliche Risiken birgt.

* Die Autorin wohnt in Rothenburg und sitzt für die SP des Kantons Luzern im Nationalrat.

Aus dem Ratsprotokoll

Asylpolitik Umnutzung von Bundesbauten für drei Jahre

Asylsuchende können künftig während bis zu drei Jahren in Bundesbauten untergebracht werden, ohne dass der Kanton oder die Gemeinde zustimmen muss. Diese dringliche Gesetzesänderung hat nach dem Ständerat auch der Nationalrat gutgeheissen.

Ladenöffnungszeiten Änderungen angenommen

Der Ständerat hat eine Motion angenommen, wonach werktags alle Läden bis 20 Uhr offen haben können. Ebenfalls hat der Ständerat beschlossen, dass Tankstellenshops und Auto-

bahnstationen an stark frequentierten Hauptverkehrsachsen rund um die Uhr alles verkaufen dürfen, das auf die Bedürfnisse der Reisenden ausgelegt ist.

Bundespokal Geänderte Anstellungsbedingungen

Der Nationalrat hat am Montag die geplanten Änderungen im Bundespokalgesetz mit 126 zu 34 Stimmen angenommen. Die Vorlage geht nun wieder in den Ständerat.

Steuer Keinen Abzug für ehrenamtliche Tätigkeiten

Ehrenamtliche Tätigkeiten werden vom Bund nicht belohnt. Der Ständerat hat am Mittwoch eine Motion abgelehnt, die Steuerabzüge für Freiwilligenarbeit

fordert. Hauptargument gegen den Steuerabzug war der administrative Aufwand, den dieser verursachen würde. Ausserdem sei es zu kompliziert, ehrenamtliche Arbeit auszurechnen, da oft nicht zwischen Freiwilligenarbeit und geselligem Zusammensein unterschieden werden könne, so Bundesrätin Evelyne Widmer-Schlumpf. Der Nationalrat hat die Motion letztes Jahr noch knapp angenommen.

Präventionsgesetz Der Ständerat bleibt stur

Der Ständerat spricht sich mit 22 zu 19 Stimmen weiterhin dagegen aus, Mittel für beschlossene Massnahmen zu sprechen. Mit dem Präventionsgesetz soll der Bund eine rechtliche Grundlage erhalten, um Massnahmen zur Krankheitsvorsorge und Ge-

sundheitsförderung besser steuern und koordinieren zu können.

Abstimmung Nationalrat will elektronisches System

Der Nationalrat wünscht sich mehr Transparenz beim Abstimmungsverhalten des Ständerates. Deshalb hat der Nationalrat zwei parlamentarische Initiativen angenommen, die im Ständerat ein elektronisches Abstimmungsverfahren und die Veröffentlichung der Abstimmungsergebnisse einführen wollen.

Betäubungsmittelgesetz 100 Franken Busse für Joint

Der Nationalrat stimmte mit 102 zu 71 Stimmen zu, dass ein Erwachsener, der mit einem Joint erwischt

wird, 100 Franken Busse bezahlt – sofern er nicht mehr als 10 Gramm Cannabis dabei hat. Der Nationalrat hatte ursprünglich auf 200 Franken Busse bestanden, der Ständerat auf 100 Franken. Am Donnerstag lenkte der Nationalrat dann auf die Linie des Ständerates ein.

Autobahnvignette Preiserhöhung wird kommen

National- und Ständerat sind sich nun einig, dass der Preis für die Autobahnvignette erhöht werden soll, aber nicht um wie viel. Heute gibt es die Vignette für 40 Franken, bald soll sie 70 oder 100 Franken kosten. Der Ständerat ist für den höheren Betrag, der Nationalrat stimmte bereits im Mai für den tieferen. Nun geht das Geschäft an den Nationalrat zurück. (AZ/LBR)